

# Jenseits von Pizza und Döner

*Von Omid Nouripour und Dr. Gerhard Schick*

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Anders als in anderen klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Australien gab es in der Bundesrepublik jahrzehntelang kein Bewusstsein, keine Steuerung und damit keine Gestaltung der Einwanderungsrealität und ihrer Potentiale. In letzter Zeit schaut Deutschland allerdings mehr und mehr über den eigenen Tellerrand – und sieht dabei, welche Chancen es bisher ungenutzt ließ.

Aktuell fordert die deutsche Wirtschaft die Einführung des innovativen Punktesystems, das Einwanderung auf den Arbeitsmarkt erleichtern soll. Hintergrund ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel, der in manchen Branchen bzw. in wirtschaftsstarken Regionen bereits jetzt spürbar wird. Bei dem Punktesystem handelt es sich um dasselbe Instrument, das die Union bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz gegen den Willen der Grünen verhindert hat. Auch US-Studien (wie die von Gianmarco Ottaviano und Giovanni Peri) über die ökonomischen Vorteile kultureller Vielfalt machen hierzulande die Runde.

## **Wirtschaftliche Integration**

Dabei geht es an der Schnittstelle von Wirtschaftspolitik und Migration nicht nur um den volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern auch um die wirtschaftliche Integration von Migranten und die Vermeidung sozialer und volkswirtschaftlicher Schäden durch Nicht-Integration. Und hier sieht es nicht gut aus – zum Schaden aller Beteiligten.

In den letzten Jahren wurde im Zusammenhang mit Integration über die Chancen von Migranten auf dem Arbeitsmarkt gesprochen. Auch die Europäische Kommission sieht die Eingliederung in den Arbeitsmarkt als Schlüssel zur Integration. Dabei sind Migranten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur eine Seite der Medaille. Übersehen wird die andere Seite: die Rolle von Migranten als Unternehmerinnen und Unternehmer. Als Klein- und Kleinstunternehmer konkurrieren sie in wettbewerbsintensiven Märkten, häufig in Innenstadtlagen, der Schwerpunkt liegt auf Dienstleistungen. In vielen Branchen sind einzelne ethnische Gruppen sehr stark vertreten, zum Beispiel in der Gastronomie und im Handel. Doch der Eindruck von Pizzabäcker und Dönerbude täuscht. Eine Reihe von Unternehmern mit Migrationshintergrund haben größere Unternehmen mit überregionaler Bedeutung aufgebaut. Geschätzt wird der Anteil von Unternehmern mit Migrationshintergrund auf etwa drei bis vier Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Das ist schon etwas mehr als „Nische“. Die Kenntnis über die besondere Rolle dieser Gruppe der Selbstständigen ist allerdings relativ bescheiden. Die Integrationsleistung ist – von beiden Seiten – verbesserungsfähig.

Die traditionellen Institutionen der deutschen Wirtschaft – Verbände, Innungen, Kammern, etc. – sind noch fast hundertprozentig von Deutschen, in der Regel sogar von deutschen Männern dominiert. Da diese Institutionen auch Träger wirtschaftspolitischer Aufgaben sind, zum Beispiel bei der Gründungsberatung, bei der Ausbildung und im Prüfungswesen, bei der Entwicklung der Ausbildungsordnungen und vielem mehr, geht die Wirtschaftspolitik tendenziell an den Interessen von Unternehmern mit Migrationshintergrund vorbei. Interkulturelle Öffnung sollte nicht nur ein Thema der öffentlichen Verwaltung in Deutschland sein, sondern auch der Selbstorganisationen der Wirtschaft. Wir brauchen eine personelle und konzeptionelle Öffnung dieser Institutionen, damit sie in ihrer Zusammensetzung und in ihrem Tun die Vielfalt von Unternehmertum in Deutschland abbilden. Ein gutes Beispiel bietet unter anderem München, wo sich die Kammer und der Bund der Selbstständigen unter anderem am „Tag des ausländischen Unternehmens“ beteiligen.

Umgekehrt bedeutet dies zugleich die Aufforderung an Unternehmern mit Migrationshintergrund, sich in diese Institutionen zu begeben und sich dort zu engagieren. Die Zusammenarbeit mit Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund, aber ähnlichen lokalen und regionalen Fragestellungen ist in Verbänden, Innungen und Kammern, bei Runden Tischen vor Ort, in Business Improvement Districts, beim Quartiersmanagement etc. unerlässlich. Dass beispielsweise in den Plena der Kammern in Bremen kein einziger Unternehmer mit Migrationshintergrund sitzt, obwohl in Bremen viele Migranten selbständig sind, ist ein unhaltbarer Zustand. Diese Beteiligung an der „klassischen“ Verbandsarbeit ist kein Ersatz für die Selbstorganisation der Migranten, die zum Beispiel bei den türkischstämmigen Selbstständigen in zahlreichen Vereinen stattfindet, sondern muss sie ergänzen. Wir brauchen die Balance zwischen Selbstorganisation und Integration ausländischer Unternehmer in den Institutionen der deutschen Wirtschaft.

### **Hohe Gründungsbereitschaft**

Die Gründungsbereitschaft bei Menschen mit Migrationshintergrund ist in der Regel höher als bei Deutschstämmigen. Ob das mit der größeren Gründungsneigung im Sinne von Risikobereitschaft (Push-Faktoren) oder aber mit der größeren Notwendigkeit, sich aufgrund höherer Arbeitslosigkeit selbständig zu machen (Pull-Faktoren) zu tun hat, ist unklar. Gleichzeitig scheitern aber auch überdurchschnittlich viele Gründer mit Migrationshintergrund. Ursachen sind häufig eine unzureichende Qualifikation. Unternehmer mit Migrationshintergrund sind zwar im Vergleich zur Gesamtheit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich qualifiziert, im Vergleich zu deutschstämmigen Unternehmern aber unterdurchschnittlich. Häufig fehlt es an grundlegenden Kenntnissen der Buchführung, der Betriebswirtschaft, des Steuerrechts und anderer wichtiger Grundlagen wie Versicherungspflichten, Umweltrecht, etc. Darüber hinaus fehlen Sprachkenntnisse. Das erschwert die Kommunikation mit (potentiellen) Kunden, aber auch mit Behörden, Kollegen, Lieferanten, etc. Und das forciert eine Kumulation der Existenzgründungen in Niedrig-Qualifikations- und Low-Tech-Branchen.

All diese Probleme zusammengenommen kann es nicht verwundern, dass der Gründungsbereitschaft eine hohe Insolvenzquote gegenübersteht. Man könnte sagen „sein Pech – selber Schuld“. Doch das ist falsch. Jede Unternehmensgründung birgt die Chance zusätzlicher Arbeitsplätze. Jedes Unternehmen kann Teil einer attraktiven Infrastruktur werden und das Wirtschaftleben in einer Kommune prägen und mit Leben erfüllen. Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es sein, die Erfolgswahrscheinlichkeit von Gründungen im Allgemeinen zu erhöhen und die Arbeitsplatzpotentiale in diesem Bereich zu erschließen. Bei Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund bedeutet das, durch Zielgruppenorientierung die vorhandenen Wirtschaftsfördermaßnahmen und Beratungsstrukturen wirksamer zu machen. Ein gutes Beispiel ist das Mannheimer Deutsch-Türkische Wirtschaftsforum, das sich auf die Beratung von türkischstämmigen Unternehmerinnen und Unternehmern spezialisiert und unter einem Dach mehrere Gründer angesiedelt hat, die anderen hilfreich sein können, darunter Steuerberater, Unternehmensberater und Anwälte mit Kenntnissen beider Sprachen und Kulturen.

### **Integrationsschlüssel Sprache**

Von öffentlicher Seite bedeuten die fehlenden Kenntnisse zudem, dass viele Fördermaßnahmen, aber auch viele staatliche Regulierungen ihr Ziel bei Unternehmern mit Migrationshintergrund mangels Kenntnissen nicht erreichen. Wenn ein relevanter Anteil der Unternehmer grundlegende Normen des Steuer-, Umwelt- und Versicherungsrechts nicht kennt, geht Wirtschaftspolitik ins Leere. Wie soll gesellschaftlicher Wandel wirtschaftspolitisch begleitet und gestaltet werden, wenn viele Selbstständige von den Diskussionsprozessen in den tradi-

tionellen Strukturen abgeschnitten sind, die Diskussion in deutschen Medien nicht mitverfolgen (können) und die üblichen Informationsquellen wie Broschüren, Zeitungsanzeigen, etc. nicht nutzen (können)? Sprachförderung steht auch hier an erster Stelle, ist aber nicht alles. Es geht auch darum, Nischenökonomien dadurch zu integrieren, dass sich Selbstständige mit Migrationshintergrund als Teil der hiesigen Wirtschaftswelt verstehen und entsprechend informieren.

### **Zuwanderungsgesetz anpassen**

Das Zuwanderungsgesetz ermöglicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Zuwanderung von Unternehmen nach Deutschland. Die Umsetzung verläuft derzeit noch sehr bürokratisch. Außerdem sind die Hürden für eine Einreise in die Bundesrepublik sehr hoch. So müssen laut §21 ZuwG Menschen, die aufgrund selbstständiger Tätigkeit nach Deutschland kommen wollen, mindestens eine Million Euro investieren oder sofort zehn Arbeitsplätze schaffen, um einreisen zu dürfen. Auch dann bekommen sie eine Aufenthaltserlaubnis von höchstens drei Jahren, die danach in einem bürokratischen Akt überprüft werden soll. Diese unpraktikablen Messlatten werden in der Praxis längst unterschritten. Es ist höchste Zeit, dass auch der Gesetzgeber das Zuwanderungsgesetz dem internationalen Wettbewerb um Investoren anpasst.

Doch nicht nur angeworbene Investoren sind mit ihren interkulturellen Fähigkeiten eine relevante Stütze für die Erschließung neuer ausländischer Märkte. Auch die längst hier lebenden Unternehmer mit Migrationshintergrund können stärker eine Brückenfunktion übernehmen. Im Deutsch-Türkischen Wirtschaftsforum in Mannheim finden deutschstämmige Unternehmer Ansprechpartner, wenn es um die Markterschließung in der Türkei geht, zum Beispiel türkischstämmige Anwälte und Steuerberater.

Aufgabe grüner Wirtschafts- und Integrationspolitik muss es sein, auch und gerade im Bereich von Selbstständigen mit Migrationshintergrund, die häufig Multiplikatoren in ihren Communities sind, Integrationsarbeit zu leisten. Am Anfang steht der Wissensaufbau über die vorhandenen Strukturen. Dann müssen die politischen Schlussfolgerungen gezogen werden für die Beratungslandschaft, die Wirtschaftsförderung vor Ort, etc. Wie immer, wenn es um Integration geht, sind zwei Seiten aufgefordert umzudenken, weiterzudenken: It takes two to tango.

*Omid Nouripour ist Mitglied des Bundesvorstandes und  
Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration*

*Dr. Gerhard Schick ist Mitglied des Deutschen Bundestages und  
Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Finanzen*